



## **FRAGE**

---

**Der Internationale Bankenverband IIF hat angesichts der anhaltenden expansiven Niedrigzinspolitik der US-Notenbank sowie eines möglichen weiteren Kaufs von US-Staatsanleihen durch die Fed vor einem Absturz des Dollar-Kurses gewarnt. Teilen Sie diese Beurteilung?**

**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Grundsätzlich teile ich die Befürchtung, auch wenn so ein Absturz lediglich mit anhaltend expansiver Politik wahrscheinlicher wird. Die USA befinden sich offenbar in einer strukturellen Anpassungskrise und so etwas bekämpft man nicht ungestraft mit dauerhafter expansiver Geldpolitik.

**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Man muss sich die Zahlen nur einmal ansehen!

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die amerikanische Konjunktur ist weiterhin labil, die Finanzkrise noch keineswegs überstanden. Von daher gibt es keine aktuelle Inflationsgefahr in den USA. Zudem hat China kein Interesse an einem sinkenden Dollarkurs und wird ihn notfalls an den Devisenmärkten stützen.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Das gehört zu Grundlagen der VWL, Angebot und Nachfrage.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Nicht nur diese Politiken könnten zu einer Schwächung des Dollars mittelfristig führen. Die US-Wirtschaft wird auch durch Konsumschwäche und dadurch reduzierte Importe eher abwerten. Das ist auch mittelfristig in deren Interesse. Aber man sollte nicht von einem Absturz sprechen.

**Dr. Friedrich Heinemann** Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Inflation ist langfristig immer eine Funktion der Geldmengenentwicklung. Die Finanzierung des US-Staatsdefizits über die Fed-Anleihekäufe schafft eine Verbindung zwischen Defizit und Geldmenge. Dies könnte unkontrollierbar werden und dann auch den Dollar schwächen.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ein Absturz ist nicht zu befürchten, aber dass der Dollar weiter unter Druck bleibt, schon.

**Volker Hofmann** Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Die Risiken zusätzlicher geldpolitischer Impulse dürfen nicht ausgeblendet werden. Eine mit weiteren Staatsanleihekäufen noch stärker ausgeweitete Notenbankbilanz würde zu einem späteren



Zeitpunkt den reibungslosen Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik erheblich erschweren. Eine große Gefahr ist ferner, dass die Preissignale auf den Anleihemärkten zu stark und zu lang verzerrt würden. Dies kann zusammen mit der reichlichen Liquiditätsversorgung zu Fehlsteuerungen von Kapital und neuen Vermögenspreisblasen führen. Hinzu kommen, dass ein „quantitative easing 2“ den Abwertungsdruck auf den US-Dollar verstärkt, was zu „Gegenreaktionen“ auf den Devisenmärkten führen und in einem desaströsen Währungswettlauf münden kann. Und: Die strukturellen Wachstums- und Arbeitsmarktprobleme in den USA lassen sich nicht mit einer noch expansiveren Geldpolitik beseitigen.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die EZB kauft derzeit ebenfalls Staatsanleihen von Eurozonenländern mit nennenswerten Haushaltsschwierigkeiten. Falls dieses Vorgehen an den Finanzmärkten Befürchtungen weckt, müssten sie sowohl den Dollar als auch den Euro treffen.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Abschwächung des Dollar ja, Absturz nein.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Ein Dollar-Kurssturz kann zwar nicht ausgeschlossen werden. Derzeit zeigt sich aber recht klar, dass viele Länder einer Aufwertung ihrer eigenen Währung enge Grenzen setzen wollen. Tendenziell könnte die Fed-Politik also zu einer stärkeren Lockerung der globalen monetären Rahmenbedingungen führen.

**Stefan Maly** Analyst, Cortal Consors S. A.:

Der Wechselkurs des US-Dollar gegenüber dem Euro wird sich wenig verändern. Allerdings dürfte der Greenback deutlich gegenüber den Schwellenländerwährungen abwerten. Sowohl die privaten Haushalte als auch die Staatsfinanzen präsentieren sich in viel Schwellenländern in einer deutlich besseren Verfassung.

**Dr. Roland Döhrn** Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die wachsende Staatsverschuldung der USA und die extrem expansive Geldpolitik dürfte den Dollar erheblich schwächen. Schwierig einzuschätzen ist, ob dies langsam rasch geschehen wird oder ob es zu einem regelrechten Einbruch kommt. Die Gefahr ist aber groß, dass es, wenn erst einmal eine Flucht aus dem Dollar einsetzt, zu einem sehr raschen Kursverlust kommen kann.

**Prof. em. Dr. Wolfgang König** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Spekulanten könnten sich nun auch an den Dollar wagen.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt** Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Wachsende US-Staatsverschuldung und extrem expansive Geldpolitik dürften den US-Dollar schwächen. Setzt erst einmal eine Flucht aus dem Dollar ein, besteht die Gefahr eines sehr schnellen Kursverlusts.



**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Die USA sind sehr stark binnenorientiert und hoffen, dass über eine schwächere Währung die Konjunktur zusätzliche Impulse erhält, die vor allem zu einem Abbau der hohen Arbeitslosigkeit führen könnten.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Die drohende Inflationsgefahr sollte nicht unterschätzt werden.

**Alexander Koch** Volkswirt, UniCredit Group:

Es gibt eine geldpolitische Diskrepanz zwischen den USA und der EWU.

**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die seit Sommer zu beobachtende Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar zeigt, dass das Vertrauen in den Greenback schwindet. Die neuen Überlegungen einer noch expansiveren US-amerikanischen Geldpolitik verstärken diese Entwicklung zusätzlich. Die Märkte beginnen das zweifelhafte Zusammenspiel einer Zentralbank, die wegen der Inflationierungsoption angeblich nie pleite gehen kann, und der Regierung, die wegen der Steuerhoheit vorgeblich nie insolvent werden kann, zu durchschauen. Denn ewig wird die Regierung durch Druck von Staatsanleihen und deren Einschieben in die Notenbankbilanz eine Notenbank nicht vor dem Ruin schützen können. Vor allem dann nicht, wenn die toxischen Wertpapiere an Bord der Notenbankbilanz massiv an Wert verlieren. Dollar-Anleger - Chinesen, aber auch Europäer - befürchten dann einen Währungsschnitt zu ihrem Ungunsten. Die Geldpolitik der EZB seit Krisenbeginn war deutlich besser und vorausschauender als die Politik der Fed.

**Dr. Volker Treier** Chefvolkswirt, DIHK:

Die schwache US-Konjunktur und die expansive Politik der Fed lassen den Dollar abwerten, aber nicht abstürzen. Außerdem ist das Interesse der USA an einem sehr schwachen Dollar angesichts seiner hohen Importabhängigkeit – gerade bei vielen Rohstoffen und Energie – ohnehin gering. Auch benötigt das Land Kapital von außen - da stört eine absehbar schwache Währung.

**Dr. Manfred Schwaren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Andere Notenbanken führen auch eine quantitative Lockerung ihrer Währung durch.

**Dr. Martin Gasche** Forschungsbereichsleiter „Alterssicherung und Sozialpolitik“, MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Einen Absturz wird es nicht geben, aber eine Abwertung ist möglich. Solange noch genügend Anleger in den USA anlegen und solange Länder wie China und Japan ihre Währungen unterbewertet halten oder abwerten wollen, werden Dollars nachgefragt.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Eine anhaltend expansive US-Geldpolitik wird nur eine langsame und allmähliche Schwächung des US-Dollars nach sich ziehen. Ein abrupter Absturz des Dollars könnte allenfalls im Zusammenhang mit den Währungsreserven Chinas ausgelöst werden.



**Lothar Heßler** Direktor Treasury Research, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG:  
Sowohl die USA als auch China ziehen keinen Vorteil aus einem Dollars-Kollaps.

## **FRAGE**

---

### **Welche Folgen hätte eine solche Entwicklung für die deutsche Wirtschaft?**

**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das hängt davon ab, wie sich eine solche Krise über die Weltwirtschaft fortpflanzt. Sollte das einen weltweiten Einbruch auslösen, dann ist Deutschland durch seine hohe Exportabhängigkeit abermals hart betroffen.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt** Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Auch wenn die Bedeutung der USA als Absatzmarkt verloren hat, würden bei einem schwächeren Dollar auch andere Währungen (etwa in Asien und Lateinamerika) abwerten. Die deutsche Wirtschaft würde an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Andererseits würden auch die Importpreise sinken, auf diese Weise würden die Realeinkommen hierzulande gestützt.

**Dr. Marco Bargel** Chefvolkswirt, Postbank AG:

Bei einer starken Dollarabwertung wären Einbußen bei den Exporten sowie deflatorische Tendenzen zu befürchten.

**Stefan Maly** Analyst, Cortal Consors S. A.:

Der Effekt dürfte relativ gering sein, da sich der Wechselkurs von Euro zum US-Dollar kaum verändern sollte. Gegenüber den Schwellenländerwährungen sollte auch der Euro aus den gleichen Gründen abwerten. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands weiter stärken.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Abwertung des Euro im Frühjahr war gemessen an den Kaufkraftparitäten eher eine Kurskorrektur, die die deutschen Exporte klar begünstigt hat. Eine starke Aufwertung wäre daher für das Wachstum in Deutschland problematisch.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Die deutsche Wirtschaft ist robust und hat Euro-Aufwertungen in der Vergangenheit gut weggesteckt. Ich erwarte wenig negative Konsequenzen.

**Prof. Dr. Lutz Arnold** Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Die Folgen wären nicht so gravierend.

**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Die konjunkturelle Erholung würde langsamer verlaufen als bei einem stabilen bis stärkeren US-Dollar. Die Impulse, die Deutschland von den Emerging Markets erhält, reichen in einem solchen Fall nicht aus, um die negativen Auswirkungen eines schwächeren Dollars zu kompensieren.



**Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer** Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Die Nachfrage würde gedrosselt.

**Volker Hofmann** Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Die wirtschaftliche Dynamik würde nachlassen. Noch nicht einmal so sehr wegen der deutschen Exporte in die USA, sondern vor allem deshalb, weil sehr viele Länder versuchen, ihren Wechselkurs gegenüber den US-Dollar - direkt oder indirekt - konstant zu halten.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Ein abrupter Absturz des Dollars würde Verwerfungen an den Finanzmärkten auslösen und die deutsche Wirtschaft in eine erneute Rezession führen.

**Dr. Martin Gasche** Forschungsbereichsleiter „Alterssicherung und Sozialpolitik“, MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Ein Absturz des Dollars würde die Exporte erschweren. Rohstoffe wie Öl könnten tendenziell billiger werden, wenn der Ölpreis nicht – wie in der Vergangenheit oft gesehen – mit dem Eurokurs steigt. Da aber kein Dollarabsturz zu erwarten ist, werden sich die Effekte für die deutsche Wirtschaft in Grenzen halten.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Ein Dollarabsturz wäre eine Exportbremse. Und das wäre höchste Zeit. Warum sollen die Amerikaner unsere Porsches für ein Butterbrot bekommen?

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Ein kräftiger Kurssturz des US-Dollars gegenüber dem Euro würde die deutschen Exporte in den Dollar-Raum verteuern, was sich natürlich negativ auf die Exportentwicklung insgesamt auswirken würde. Mit gravierenden Folgen für die deutsche Wirtschaft wäre aber dennoch nicht notwendigerweise zu rechnen. Zum einen geht ein erheblicher Anteil der deutschen Ausfuhren in den Euro-Raum und ist damit unabhängig von der Wechselkursentwicklung zwischen Euro und US-Dollar. Zum anderen hat die deutsche Exportwirtschaft in der Vergangenheit bereits mehrfach gezeigt, dass sie auch mit einem spürbar schwächeren Dollar leben kann. Und nicht zuletzt steht der Aufschwung in Deutschland nicht mehr nur auf einem Bein, sondern hat mit der Binnennachfrage ein zweites Standbein hinzugewonnen. Dies macht die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt weniger schockanfällig.

**Dr. Volker Treier** Chefvolkswirt, DIHK:

Ein schwacher Dollar erschwert die Ausfuhren deutscher Unternehmen in den US-Dollar-Raum. Der Preis ist bei deutschen Exportgütern meistens jedoch nicht allein entscheidend, sondern die Qualität von spezialisierten Produkten „Made in Germany“.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Eine Abwertung wäre negativ für Exporteure, aber ein begrenzter Effekt.



**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Eine weitere Abschwächung des Dollar würde nicht nur das deutsche Exportwachstum bremsen, sondern auch die Konjunkturerholung der ganzen Eurozone verlangsamen. Hierdurch wird die Bereitschaft der EZB, ihre expansive Geldpolitik beizubehalten, gestärkt. Unter dem Strich dürften die Auswirkungen der Dollarschwäche auf die Eurozone und Deutschland daher begrenzt bleiben.

**Prof. Dr. Gustav A. Horn** Wissenschaftliche Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Hans-Böckler-Stiftung:

Es gäbe eindeutig verschlechterte Exportaussichten.

**Dr. Manfred Schveren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Es sind dramatische Konsequenzen möglich, deutsche Waren werden dadurch im „Dollar-Ausland“ teurer. Die Konkurrenzfähigkeit wäre nicht mehr gegeben. Das hätte auch Folgen für unsere Binnenwirtschaft.

**Alexander Koch** Volkswirt, UniCredit Group:

Es steht eine starke Belastung der deutschen Exportwirtschaft zu erwarten.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Exporte würden in den Dollarraum teuer und das würde die Wirtschaft dämpfen; aber die USA ist nicht so zentral, Europa und Asien sind die wichtigeren Exportmärkte.

**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Grundsätzlich würde ein steigender Eurokurs die deutsche Exportwirtschaft belasten, da deutsche Produkte im Ausland teurer würden. Allerdings setzt die deutsche Exportwirtschaft verstärkt auf qualitativ hochwertige Produkte, bei denen die Preiselastizität gering ist. Dementsprechend könnten deutsche Exporteure im Vergleich zu anderen Ländern der Eurozone eine weitere Aufwertung des Euro besser verkraften. Allerdings dürfte auch für die deutschen Exporteure irgendwann eine Schmerzgrenze erreicht sein – spätestens, wenn der Euro sich hin zu seinem Allzeithoch entwickelte. Verbunden wäre dies mit entsprechend negativen Konsequenzen für die konjunkturelle Erholung und den Arbeitsmarkt.

**Prof. em. Dr. Wolfgang König** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Ich erwarte keine so großen Folgen im Hinblick auf die relativ große Rolle firmeninterner grenzüberschreitender Transaktionen deutscher Unternehmen.

**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Kurzfristig: Exportprobleme in Länder außerhalb des Euroraums, Konkurrenz durch billige Dollar-Importe, niedrigere Energie- und Rohstoffpreise, starke Börsenschwankungen insbesondere im Anleihemarkt. Mittelfristig: Inflation bei den Rohstoffen (in Dollar).



**Dr. Roland Döhrn** Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Zwar sind die USA inzwischen weniger bedeutsam als Absatzmarkt als früher. Jedoch würden bei einem schwächeren Dollar auch andere Währungen (etwa der asiatischen und lateinamerikanischen Länder) abwerten. Die deutsche Wirtschaft würde spürbar an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Allerdings würden auch die Importpreise sinken, was die Realeinkommen hierzulande stützen würde.

## **FRAGE**

---

**In den vergangenen Tagen ist die Auseinandersetzung um das Projekt Stuttgart 21 eskaliert. Immer häufiger stoßen auch andere Infrastruktur-Projekte wie der Bau von Stromtrassen oder der Ausbau von Flughäfen auf den erbitterten Widerstand in der Bevölkerung. Beobachter warnen bereits vor negativen Folgen für das Wachstum. Zu Recht?**

**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es ist das Recht der Menschen, so etwas kritisch zu sehen, das gehört zur Demokratie. Man könnte angesichts des zunehmenden Durchschnittsalters zwar befürchten, dass Zukunftsprojekte, die heute mit der Veränderung der Lebenssituation verbunden sind, immer weniger populärer werden, vor allem wenn die Menschen nicht nur älter, sondern zunehmend auch kinderlos sind. Aber noch ist das eher eine theoretische Spekulation.

**Dr. Volker Treier** Chefvolkswirt, DIHK:

Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum sehe ich noch nicht. Deutschlands Infrastruktur ist noch wettbewerbsfähig. Damit das so bleibt, sind Großprojekte freilich nötig. Dabei müssen wir lernen, Großprojekte, auch wenn sie demokratisch legitimiert sind, ganz anders und mit mehr Transparenz zu begleiten. Die Bürger wollen ernst genommen werden und verstehen, was passiert. Dabei brauchen gerade Großprojekte Verlässlichkeit: Heute ja, morgen nein, kostet horrenden Summen und damit auch Arbeitsplätze.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Deutschland ist auf einem problematischen Weg in die Nimby(=not in my backyard)-Republik. Alle wollen sauberen Strom und umweltfreundliche Verkehrssysteme, aber niemand will den Preis dafür bezahlen.

**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die fehlende Planungssicherheit für Unternehmen trägt sicherlich nicht zu einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung bei. Zudem sollte der Imageschaden für die Bahn im Zuge der Demonstrationen gegen das Projekt Stuttgart 21 nicht unterschätzt werden.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Verhinderung zukunftsweisender Infrastrukturprojekte beeinträchtigt klar das Wirtschaftswachstum. Bei jedem Projekt gibt es Profiteure und Leidtragende. Hier gilt es, zur Erhöhung der Akzeptanz rechtzeitig über Ausgleichsleistungen nachzudenken.



**Prof. Dr. Robert Schwager** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Eine gute Infrastruktur stärkt das Wachstum. Wenn die Bevölkerung aber auf dieses Wachstum verzichten will, muss man das respektieren.

**Prof. Dr. Juergen von Hagen** Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Es gibt keine gesicherte Evidenz für den Zusammenhang von langfristigem Wachstum und Infrastrukturprojekten in entwickelten Ökonomien.

**Prof. em. Dr. Wolfgang König** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Es müsste langfristig untersucht werden, was den wachstumstheoretischen Ansätzen leider nicht überzeugend gelingt.

**Dr. Roland Döhrn** Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Man sollte solche Effekte zwar nicht dramatisieren: Die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland ist so weit ausgebaut, dass jedes Projekt letztlich nur einen marginalen Beitrag zu deren Verbesserung leistet. Aber in der Tendenz schwächt der Verzicht auf solche Investitionen das Wachstum.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Natürlich muss bei jedem großen Infrastruktur-Projekt im Genehmigungsverfahren kritisch geprüft werden, ob und in welchem Umfang es erforderlich ist. Daran können und sollen auch die jeweils betroffenen Bürger mitwirken. Wenn jedoch fast ausnahmslos alle Großprojekte anschließend auf Widerstand stoßen, der ihre Realisierung gefährdet, deutet das auf die Existenz eines Gefangenendilemmas hin, nach dem Motto: „Bessere Infrastruktur ist wünschenswert, aber bitte nicht dort, wo sie mich stört“.

**Stefan Maly** Analyst, Cortal Consors S. A.:

Neue Stromnetze sind zum Beispiel für den Ausbau der regenerativen Energieträger dringend erforderlich. Ihre Planung bedarf langer Vorlaufzeiten. Sofern die Realisierung dieser Projekte dann nach der Erteilung von Baugenehmigungen durch Proteste gestoppt wird, wird kaum ein Investor dieses planerische Risiko tragen und auch der Bau von Anlagen zur Energiegewinnung stoppen, was sich letztlich negativ auf das Wachstum auswirkt. Analog lässt sich dies für alle Infrastrukturprojekte feststellen.

**Prof. Dr. Lutz Arnold** Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Nicht jede Kleinigkeit schlägt direkt auf die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate durch.

**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ohne Infrastrukturinvestitionen gibt es kein Wachstum!





**Dr. Manfred Schveren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Selbstverständlich muss auch die Infrastruktur mit der Wirtschaft wachsen, Güter müssen auch transportiert werden können. Deutschland ist nun mal führend im Maschinenbau und der Fahrzeugindustrie, der Versand läuft nicht übers Internet.

**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

So etwas gab es immer schon.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Stuttgart 21 ist ein Public-Relations-Desaster; man hat sich nicht bemüht, sich mit den Kritikern ernsthaft auseinanderzusetzen. Das hätte man deutlich besser machen können und wenn man die Lehren daraus lernt, können Projekte sogar schneller vonstatten gehen. Ein Verlass auf Verfahren ist kein Ersatz für eine offene Diskussion mit Kritikern.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt** Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Tendenziell schwächt der Verzicht auf solche Investitionen das Wachstum. Man sollte solche Effekte aber nicht dramatisieren: Die deutsche Verkehrsinfrastruktur ist so gut ausgebaut, dass jedes Projekt sie letztlich nur marginal verbessert.

**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Unterbleiben größere Infrastrukturprojekte, dann dürfte dies das mittelfristige Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft reduzieren.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Was hier gerade abläuft, ist „Morgentau 2“: freiwillige Deindustrialisierung.

**Dr. Martin Gasche** Forschungsbereichsleiter „Alterssicherung und Sozialpolitik“, MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Wenn man den Menschen die Projekte gut erklärt und sie mit einbezieht, wird es die negativen Folgen nicht geben.

**Dr. Friedrich Heinemann** Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Wenn sogar parlamentarisch breit legitimierte Vorhaben plötzlich in Frage gestellt werden, dann wächst das politische Risiko jeder Investition. Investoren werden dafür dann eine höhere Risikoprämie verlangen. Dies gefährdet die Rentabilität künftiger Projekte und damit deren Durchführung.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Wenn Widerstand ganz anderen Zielen dient, dann können für die Wirtschaft sinnvolle Projekte unterbunden werden.



**FRAGE**

---

**Sollte der Bund die Gesetze entsprechend verschärfen, um eine zügigere Umsetzung von Entscheidungen zu ermöglichen und auf diese Weise Planungssicherheit für die Unternehmen zu schaffen?**

**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Menschen haben das Recht zu protestieren.

**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Die Bürgerrechte sollten nicht weiter beschnitten werden. Allenfalls die unbestreitbaren Vorteile der gesetzlichen Regelungen zur Beschleunigung im Bau der Verkehrswege nach und in Mittel- und Ostdeutschland sollten allgemein angewendet werden.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Auch den betroffenen Anwohnern muss ein angemessener Anpassungszeitraum eingeräumt werden.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Bei Maßnahmen, wo Partikularinteressen das Gemeinwohl behindern (z.B. beim Ausbau der Stromnetze) müssen Genehmigungsprozesse schneller laufen können.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Braucht man die?

**Prof. em. Dr. Wolfgang König** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Damit würde dem dilettantischen Eingreifen der Politik vorgebeugt werden.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt** Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Das Problem liegt meiner Ansicht nach eher in den Entscheidungs- und Planungsprozessen. Über Stuttgart 21 wurde anscheinend 15 Jahre debattiert, der Widerstand eskalierte aber erst, als die ersten Bagger anrückten.

**Dr. Friedrich Heinemann** Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Das Problem unberechenbarer außerparlamentarischer Protestbewegungen ist ein Problem, das auf die Entfremdung zwischen Wählern und Politik zurückzuführen ist. Neue Gesetze helfen wenig.



**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Das Problem, dass sich der Widerstand außerhalb legitimer Verfahren formiert und rasch radikalisiert, wird dadurch eher verschärft.

**Prof. Dr. Robert Schwager** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Demokratie ist eben langsam. Anstatt langer bürokratischer Entscheidungswege sollte man zu Großprojekten Volksabstimmungen durchführen. Diese würden der Maßnahme im Erfolgsfall auch in den Augen der Kritiker Legitimität verleihen.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Der Ausbau der Infrastruktur ist für den Standort Deutschland natürlich sehr wichtig. Hierbei gibt es sicherlich Unzulänglichkeiten. Dies darf aber nicht zu Lasten demokratischer Rechte gehen.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Eine Beschleunigung der Verfahren kann helfen, wenn die Bevölkerung besser als bisher informiert und eingebunden würde. Dann würden die Widerstände wahrscheinlich sogar geringer, weil die Anhörungen und Mitsprachemöglichkeiten für die Bevölkerung zeitnäher an der Realisierung lägen. Das Projekt Stuttgart 21 wurde vor 16 Jahren aufgelegt, mittlerweile hat sich viel geändert.

**Prof. Dr. Juergen von Hagen** Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Es ist ja nicht eine Frage der Gesetze, sondern des Mangels an Demokratie in unserer Gesellschaft. Wenn jeder meint, seinen Baum schützen zu müssen, auch wenn die Mehrheit anders beschlossen hat, kann die Gesellschaft nicht mehr agieren.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es wäre wichtiger, die ökonomische Bedeutung solcher Großprojekte zu erläutern. Es mangelt in der deutschen Politik an einer Stimme, die ordnungspolitische Klarheit ausspricht und im Handeln anmahnt.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Es wird zunehmend wichtig, die Bevölkerung im Planungsprozess frühzeitig einzubinden und „mitzunehmen“.

**Dr. Roland Döhrn** Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Ich weiß nicht, ob eine zügigere Umsetzung helfen würde. Nach meiner Ansicht liegt das Problem eher in den Entscheidungs- und Planungsprozessen. Über Stuttgart 21 wurde doch anscheinend 15 Jahre debattiert. Der Widerstand eskalierte aber erst, als die ersten Bagger anrückten. Reformbedarf gibt es anscheinend eher bei den Planungs- und Entscheidungsprozessen. Aber dazu, wie das erreicht werden kann, habe ich leider auch keine Vorschläge.



**Stefan Maly** Analyst, Cortal Consors S. A.:

Planungssicherheit ist für Infrastrukturprojekte aufgrund der sehr langen Planungs- und Bauzeiten besonders wichtig.

**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Selbstverständlich sollte die Gesetzgebung den Menschen und Unternehmen Planungssicherheit gewährleisten. Wenn eine Entscheidung einmal getroffen wurde, sollte sie auch entsprechend umgesetzt werden können. Der Fall Stuttgart 21 wirft dabei allerdings die Frage auf, ob bei der Entscheidungsfindung nicht vorschnell und über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden wurde. Insofern muss nicht nur über die Durchsetzbarkeit einer getroffenen Entscheidung diskutiert werden, sondern vor allem auch darüber, wie die Entscheidungen zustande kommen und in welchem Maß der Souverän daran beteiligt werden muss. Zudem ist die Ex post-Vervielfachung der Kosten von Projekten allseits bekannt und sollte bereits bei den Genehmigungsverfahren eingepreist und im Nutzen-Kosten-Kalkül explizit als Aufschlag auf die von Ingenieurseite ermittelten Kosten berücksichtigt werden.

**Dr. Manfred Schwaren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Verzögerungen verursachen volkswirtschaftliche Schäden. Die gilt es zu vermeiden. Bürger sollten im Planungsstadium mit in die Ausgestaltung einbezogen werden, danach aber dann nicht mehr.

**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Wichtiger ist eine frühzeitige Kommunikation und eine Transparenz politischer Entscheidungen.

### FRAGE

---

#### **Bund und Länder nehmen einen neuen Anlauf zur Restrukturierung des Landesbankensektors. Halten Sie eine Bereinigung des Landesbankensektors für nötig?**

**Stefan Maly** Analyst, Cortal Consors S. A.:

Bislang ist noch kein tragfähiges Geschäftsmodell für diesen Sektor vorhanden. Zudem entsteht mit den Regelungen von Basel III zusätzlicher Kapitalbedarf bei den Landesbanken. Eine Konsolidierung könnte hier Entlastung bringen.

**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Der Landesbankensektor ist überbesetzt.

**Prof. Dr. Juergen von Hagen** Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Die Finanzkrise hat wieder einmal deutlich gemacht: Wo immer der Staat als Banker auftritt, führt es in finanzielle Abgründe: Landesbanken, KfW, IKB, HRE, wie viel mehr Evidenz brauchen wir noch?



**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die Geschäftsmodelle der Landesbanken haben sich im Zuge der Finanzkrise als nicht tragfähig erwiesen. Insofern sollte im Zuge der Restrukturierung des Landesbankensektors nicht nur über die Zahl der Landesbanken diskutiert werden, sondern auch geklärt werden, ob es Aufgabe der Landesbanken ist, an den Kapitalmärkten nach möglichst hohen Renditen zu streben oder ob sie nicht viel mehr Aufgabe der Landesbanken ist, den Mittelstand bei der Finanzierung zu unterstützen.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt** Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Die Landesbanken haben ihre ursprüngliche Funktion größtenteils verloren. Viele Förderbanken wurden in eigenständige Institute ausgegliedert und auch als Zentralinstitut der Sparkassen haben sie nur noch geringe Bedeutung. Deshalb sollte der Sektor dringend bereinigt werden. Wie viele Institute künftig nötig sein werden, hängt von den verbliebenen Aufgaben ab. Eine „optimale“ Zahl von Landesbanken abzuleiten, ist ohne diese Details schwierig.

**Dr. Roland Döhrn** Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die Landesbanken haben ihre ursprüngliche Funktion zum größten Teil eingebüßt. Die Förderbanken wurden zumeist in eigenständige Institute ausgegliedert und als Zentralinstitut der Sparkassen kommt ihnen eine nur noch geringe Bedeutung zu. Von daher ist eine Bereinigung des Sektors dringend erforderlich. Wie viele Institute man künftig braucht, setzt eine Auseinandersetzung mit den verbliebenen Aufgaben voraus. Eine „optimale“ Zahl von Landesbanken abzuleiten ist ohne diese Details schwierig. Die Zahlen, die im Umlauf sind, geben nach meiner Einschätzung eher das politisch machbare als das ökonomisch notwendige wieder.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Die Landesbanken haben kein Geschäftsmodell mehr und könnten ggf. als Art Hintergrundbank für die Sparkassen eine Rolle spielen, um im Kreditgeschäft bei größeren Firmenkunden Sparkassen zu unterstützen. Andere Rollen sehe ich nicht.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Die meisten Landesbanken waren schon immer überflüssig und nur bequeme Versorgungsanstalten für notleidende Parteispezis.

**Dr. Friedrich Heinemann** Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Dieser Bankensektor sucht seit Jahren nach einem Geschäftsmodell und einer Existenzberechtigung. In der berechtigten Suche nach Möglichkeiten einer Neustrukturierung sollte auch die Möglichkeit einer Übernahme durch eine Privatbank nicht ausgeschlossen werden.

**Prof. em. Dr. Wolfgang König** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Eine Bereinigung würde zur Beseitigung unnötiger Bürokratien und damit Transaktionskosten beitragen.



**Dr. Volker Treier** Chefvolkswirt, DIHK:

Eine Konsolidierung erscheint angesichts der Probleme im Landesbankensektor sinnvoll. Gleichwohl muss bedacht werden, dass mit einer Konsolidierung auch das Mittelstandsgeschäft eingeschränkt wird - dies kommt zusätzlich zu der Vielzahl der Regulierungsmaßnahmen hinzu.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Es gibt kein tragfähiges Geschäftsmodell.

**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es gibt zu viele davon die zu viel außerhalb ihrer definierten Aufgaben aktiv sind.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Es gibt zu viele Landesbanken für eine sinnvolle Tätigkeit

**Dr. Martin Gasche** Forschungsbereichsleiter „Alterssicherung und Sozialpolitik“, MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Es gibt zu viele Landesbanken ohne profitables Geschäftsmodell.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Fusionen müssen nicht unbedingt mehr Effizienz und bessere Geschäftspolitik mit sich bringen. Außerdem steigt dadurch die Systemrelevanz einzelner Institute, was unerwünscht ist.

**Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer** Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Landesbanken haben keine Existenzberechtigung als Banken sui generis.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Landesbanken haben keine ökonomische Berechtigung und sind teure Spielzeuge der Landespolitiker.

**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Spätestens seit dem Wegfall der Staatsgarantien haben die Landesbanken kein funktionierendes Geschäftsmodell mehr.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Wofür brauchen wir Landesbanken? Ein Kopfinstitut für die Sparkassen reicht.

## **FRAGE**

---

**Nach den Vorstellungen von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle sollen am Ende nur noch zwei Landesbanken übrig bleiben. Wie viele der verbliebenen**



**acht selbständigen Landesbanken (NordLB, LBB, HSH Nordbank, WestLB, Helaba, SaarLB, LBBW, BayernLB) wären aus Ihrer Sicht sinnvoll?**

**Dr. Friedrich Heinemann** Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Das kann nur der Markt entscheiden.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Das lässt sich vorab nicht sagen. Es kommt darauf an, wie viele Landesbanken endlich ein tragfähiges Geschäftsmodell entwickeln, das ihrer Größe und ihrer Stellung zum Sparkassensektor entspricht.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Das Modell „Landesbank“ hat seine Untauglichkeit mehr als zur Genüge bewiesen.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Eine Art Dachbank reicht aus.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Eine Landesbank zur Unterstützung der Sparkassen ist ausreichend (LBB).

**Prof. em. Dr. Wolfgang König** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Eine Zahl von zwei bis drei Instituten reicht völlig aus für grundsätzliche Aufgabenbewältigung ohne Abstellgleis für ausgediente Politiker und auch Journalisten (siehe Vergangenheit Niedersachsen).

**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Es ist weniger entscheidend, ob es am Ende eine, zwei oder mehr Landesbanken geben wird. Vielmehr ist von Bedeutung, dass die Landesbanken ein tragfähiges Geschäftsmodell entwickeln.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Es sollte eine für den Norden, eine für den Süden geben.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Wer keine Aufgabe und keine Kundenbasis hat, kommt auf „dumme Gedanken“. Beispiele dafür gibt es genug. Am Ende zahlt der Steuerzahler für diese Beschäftigungstherapie.

---

## **FRAGE**



**Zahlreiche Landesbanken hatten sich mit teils riskanten Geldanlagen verspekuliert. Wo sehen Sie künftig geeignete Geschäftsfelder für Landesbanken?**

**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Aufgabengebiete finden sich im Auslandsgeschäft der Sparkassen, beim Joint Venture Capital sowie in der Moderatorenrolle bei Großkrediten.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der einzige Bereich wäre die Mittelstandsfinanzierung.

**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die Landesbanken sollten sich weniger auf riskante Spekulationen am Kapitalmarkt fokussieren als vor allem den Mittelstand bei der Finanzierung unterstützen. Die Landesbanken sollten als eine Art Zentralbank der Sparkassen verstanden werden. Der Wegfall der Gewährträgerhaftung war trotzdem richtig. Denn Stand-alone-Ratings bieten auch den Analysten eine zusätzliche Information über die Qualität des Geschäftsmodells der Landesbank – ein willkommenes Korrektiv in Zeiten der kurzfristigen Ausrichtung der Landesbanken an politisch motivierten Zielen und/oder zu riskoreichem Renditestreben.

**Prof. Dr. Gustav A. Horn** Wissenschaftliche Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Hans-Böckler-Stiftung:

Ein Geschäftsbereich wäre als Clearingstelle der Sparkassen.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es gibt keine Geschäftsfelder für Landesbanken.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Es gibt keine! Förderbanken der Länder reichen wie z.B. die NRW Bank.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Geschäftsmodelle finden sich im Bereich syndizierter Kredite und im internationalen Geschäft für Sparkassen.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Ihr Aufgabe ist da, wo sie laut ursprünglicher Bestimmung tätig sein sollten: Kommunalfinanzierung.

**Prof. Dr. Alfred Greiner** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität Bielefeld:

Künftige Aufgabenschwerpunkte liegen in der Regionalförderung.





**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Landesbanken haben ihre Berechtigung in allem, was komplementär zum Sparkassensektor ist.

**Dr. Volker Treier** Chefvolkswirt, DIHK:

Landesbanken sollen sich zukünftig auf ihr Kerngeschäft als Zentralinstitut für die Sparkassen und auf die Mittelstandsfinanzierung konzentrieren.

**Prof. Dr. Lutz Arnold** Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Nirgends. Das Problem der Landesbanken ist, dass sie kein Geschäftsmodell haben. Die Finanzierung des öffentlichen Sektors würden auch andere Banken schaffen.

**Prof. Dr. Juergen von Hagen** Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Nirgends. Sie sind in einer modernen Volkswirtschaft so überflüssig wie ein Kropf.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Öffentliche Banken jenseits von Förderbanken und Sparkassen sind überflüssig.

**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Sie sollten das Auslandsgeschäft der Sparkassen unterstützen, sonst nichts. Ein Geschäftsfeld in der Konkurrenz großer Sparkassen und Privatbanken ist ansonsten nicht erkennbar. Will der Staat jedoch aktiv in Strukturen eingreifen, so könnte er (unter Beachtung der Beschränkungen für Subventionen) die Versorgung kleinerer und mittlerer Unternehmen mit Eigenkapital fördern und dieses Programm bei den Landesbanken ansiedeln.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Sie sollten das tun, wozu sie geschaffen wurden, nämlich Wirtschaftsförderung zu betreiben und die mittelständische Wirtschaft mit Krediten zu versorgen.

**Dr. Roland Döhrn** Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Sie sollten sich wieder auf eine Funktion als Dienstleister für die Eigentümer (Länder und Sparkassen) konzentrieren.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt** Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Sie sollten wieder hauptsächlich Dienstleister für die Eigentümer (Länder und Sparkassen) sein.

**Prof. em. Dr. Wolfgang König** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Sinnvoll erscheinen nur binnenwirtschaftliche Felder mit Koordinierungsfunktionen.



**FRAGE**

---

**Vor dem Hintergrund umstrittener Sonderzahlungen für die Hypo Real Estate will die Bundesregierung die Bonuszahlungen in staatlich gestützten Banken begrenzen. Geplant ist eine Kappung variabler Gehaltsbestandteile. Halten Sie eine solche staatliche Begrenzung für richtig?**

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Alles andere ist schwer vermittelbar.

**Prof. Dr. Juergen von Hagen** Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Damit ermuntert man die Banker, die Bank auszuplündern, solange es noch geht. Richtig gewesen wäre, dass der Staat HRE geschlossen hätte.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Das aktuelle Bonusunwesen entbehrt jeder ökonomischen Begründung. Räuberische Erpressung und bandenmäßiger Gemeinschaftsbetrug.

**Dr. Martin Gasche** Forschungsbereichsleiter „Alterssicherung und Sozialpolitik“, MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Die Bank wird durch Steuergelder gestützt. Mit Steuergeldern muss sorgsam umgegangen werden. Die Gehälter nicht zu begrenzen, wäre nicht vermittelbar. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass gute Leute abwandern. Dieses Risiko muss man aber eingehen.

**Stefan Maly** Analyst, Cortal Consors S. A.:

Die Banken müssen in der Lage sein, wettbewerbsfähige Arbeitsverhältnisse anzubieten. Unter anderem gehört das Gehalt als ein Baustein dazu. Sofern die verstaatlichten Banken deutlich hinter den Anreizen anderer Banken zurück bleiben, werden sie kaum ausreichend qualifiziertes Personal finden, um die Sanierung verantwortungsbewusst und sinnvoll durchzuführen. Der Staat sollte durch seine Aufsichtsräte auf ein angemessenes Anreizsystem in der Bank achten, allerdings keine populistischen Schnellschüsse durchführen, die dem Gesamtziel entgegenwirken.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die staatlicherseits verliehene Sicherheit begünstigt eindeutig die Ertragsmöglichkeiten der Unternehmen. Dies hat zwingend Konsequenzen für die variablen Erfolgsprämien von Vorständen und Beschäftigte.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Dies dient dem sozialen Frieden.



**Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Ein genereller Eingriff in privatwirtschaftliche Vergütungsstrukturen ist nicht zu rechtfertigen, obwohl die Boni früher wie heute überzogen scheinen. Das Risiko tragen ja nicht die Mitarbeiter, sondern die Aktionäre! Bei verstaatlichten Banken liegt die Sache natürlich anders, hier agiert die Bundesregierung im Namen des Steuerzahlers und kann als Eigentümer handeln.

**Prof. Dr. Ansgar Belke** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Eine Begrenzung der Bonuszahlungen für staatlich gestützte Banken ist allein schon symbolisch zu begrüßen. Hierdurch würde in den Augen der Menschen ein gewisses Maß an Gerechtigkeit gewahrt, das im Zuge steigender Spreizung der Einkommensverteilung nicht unterschätzt werden darf. Im Markt gibt es viele Talente und die Gehälter üben trotz Teilwegfalls noch Anreizwirkung genug aus. Die Gefahr, im Falle des Teilwegfalls keine gleichwertigen „guten Leute“ zu bekommen, ist weniger hoch. So komplex ist das Geschäft und so alternativlos gut die gegenwärtigen Manager auch nicht.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es geht weniger um die Höhe als um die Fristigkeit. Boni sollten erheblich verzögert gezahlt werden, um den Erfolg des Handelns der Beteiligten abzuwarten.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt** Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Es gibt nur wenige Fälle von „staatlich gestützten Banken“. Bei der HRE ist der Bund Eigentümer, er hat als solcher grundsätzlich das Recht, auch über die Bezahlung zu entscheiden. Dabei stellt sich allerdings die Frage, ob mit geringeren Gehältern geeignetes Personal rekrutiert werden kann.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Für die Öffentlichkeit sieht es seltsam aus, aber die Entgeltstruktur für Bankmanager enthält international nun einmal relativ ausgeprägte „Bonus“-Anteile, die nicht so stark erfolgsabhängig sind, wie die Bezeichnung nahelegt. Wenn sich diese Struktur nicht generell ändert, so dass der „variable“ Teil voll erfolgsabhängig wird und sinnvolle Kriterien zur Messung nachhaltigen Erfolges herangezogen werden, ist eine Kappung bei Banken in staatlicher Hand kontraproduktiv.

**Prof. em. Dr. Wolfgang König** ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für internationale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Georg-August-Universität Göttingen:

Für viel weniger Geld bekommt man immer noch gute Leute - auch angesichts der Tatsache, dass das Durchschnittsgehalt eines deutschen Professors so bei 64.000 Euro pro Jahr liegt.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Gerade staatlich gestützte Banken brauchen hervorragendes Personal, sonst sieht der Steuerzahler sein Geld nie wieder. Es sollte aber grundsätzlich keine Boni für schlechte Arbeit geben, weder in staatlichen noch in privaten Banken.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Gewinn- bzw. Erfolgsbeteiligungen (=Boni) setzen Erfolg voraus - in Euro.



**Dr. Manfred Schveren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Natürlich darf es nicht zu einer negativen Auslese der Beschäftigten führen. Aber staatlich gestützte Bonuszahlungen gehen zu weit.

**Dr. Friedrich Heinemann** Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Ökonomisch ist eine solche Begrenzung Unsinn. Politisch aber vielleicht notwendig.

**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Politisch ist das nicht vermittelbar. Ökonomisch ist es so: Sollten Bonuszahlungen tatsächlich so strukturiert sein, dass sie dem Zweck der langfristigen Rentabilität dienen, dann wären sie vorher sinnvoll gewesen und müssten es jetzt auch sein. Daran darf man aber erhebliche Zweifel anmelden.

**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, SEB AG Portfolio Management:

Um entsprechend qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen bzw. zu binden, sollte der Spielraum nicht zu stark eingengt werden.

**Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Variable Teile sollten wirklich erfolgsabhängig auch eingehalten werden.

**Prof. Dr. Robert Schwager** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Wenn der Staat schon glaubt, als Bankier agieren zu müssen, dann muss er auch bankübliche Gehälter zahlen.

**Dr. Roland Döhrn** Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Wenn man über „staatlich gestützte Banken“ redet, dann sind das ja nur wenige Fälle. Im Falle der HRE ist der Bund Eigentümer und hat als solcher grundsätzlich das Recht, auch über die Bezahlung in „seiner“ Bank zu entscheiden. Ob mit geringeren Gehältern geeignetes Personal rekrutiert werden kann, muss man unabhängig davon untersuchen.